

GR. Kurt HOHENSINNER

5.06.2008

A N T R A G

Betr.: Rundfunkgebühren für gehörlose bzw. blinde Menschen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Früher waren behinderte Menschen generell von der Rundfunkgebühr befreit. Im Juli 2003 wurde im Budgetbegleitgesetz eine neue Regelung beschlossen.

Die neue Verordnung macht die Gebührenbefreiung vom Familiengesamteinkommen abhängig. Es ist auch gerecht, dass nun beispielsweise ein Dipl. Ing. im Rollstuhl (der gut verdient) zur Kassa gebeten wird.

Leider diskriminiert die Verordnung aber auch gehörlose und blinde Menschen. Diese Gruppe kann vom ORF-Angebot maximal 19 Prozent konsumieren, muss aber, ab einem gewissen Einkommen, die volle Gebühr entrichten. Die Blinden- und Gehörlosen-Selbstvertretungen sind bereit, weiterhin zu bezahlen, fordern aber die Zweckbindung ihrer Beiträge für den Ausbau des integrativen Fernsehens.

2003 verabschiedeten wir hier im Gemeinderat eine diesbezügliche einstimmige Petition in Richtung Wien. Leider konnten die Blinden- und Gehörlosenverbände bis heute kaum Verbesserungen feststellen.

Daher stelle ich namens des ÖVP Gemeinderatsclubs folgenden

A n t r a g,

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz möge beschließen:

Die Stadt Graz soll mit folgendem Anliegen an den Bundesgesetzgeber herantreten:

Der ORF wird aufgefordert, die GIS-Beiträge von sinnesbeeinträchtigten Menschen zur Gänze für den Ausbau des vollintegrativen Fernsehens zweckgebunden einzusetzen.

GEMEINSAMER ANTRAG **von ÖVP, GRÜNE, SPÖ, KPÖ, FPÖ und BZÖ**

Betr.: Zugänglichkeit des LKH-Gelände

GR. Mag. Mario KOWALD

5.6.2008

Das Landeskrankenhaus Graz genießt weltweit einen guten Ruf. Niemand sucht gerne freiwillig das Gelände auf. Hunderte oder gar Tausende müssen das Gelände dennoch täglich aufsuchen.

Das LKH-Gelände bietet weder Orientierungshilfen für Menschen mit Blindheit, noch ist es für andere Menschen mit einer Behinderung barrierefrei ausgestattet. Auch ältere Menschen sprechen von Orientierungslosigkeit am Gelände.

Graz ist Stadt der Menschenrechte, aber auch der Menschenwürde und hat den Zugang zum LKH-Gelände von der Endhaltestelle der Linie 7 bis zum Gelände taktil markiert. Ich danke an dieser Stelle Frau DI Constanze Koch-Schmucker-schlag und Herrn DI Oskar Kalamidas herzlich und ersuche Sie diesen Dank weiterzugeben.

Menschen jeden Alters müssen das Gelände aufsuchen. Am Gelände verkehren nicht nur Ambulanz- und Notarztfahrzeuge, sondern leider noch zu viele PKWs, obwohl der Zugang an sich limitiert ist.

Die vielen kleinen Straßen und Wege am Gelände haben oft keine Gehsteige und sind höllisch gefährlich. Man denke dabei nur an Witterungsverhältnisse wie Regen, Glatteis, Schnee und andere Umstände.

Für "sehende" Mitmenschen befindet sich eine Übersichtstafel beim Treppenaufgang ins LKH-Gelände. Für Menschen mit Blindheit wäre ein tastbarer Plan an dieser Stelle eine große Hilfe. Wenn es eine zentrale Homepage gäbe, auf der in verschiedenen Links eine genaue Wegbeschreibung für Menschen mit Blindheit zu den einzelnen Kliniken vorfindbar wäre, könnten sich Menschen mit Blindheit den Weg im Vorhinein auch so einprägen und erfahren wie viele Straßen man nach rechts überqueren muss und wann man eine 90 Grad-Kurve nach links gehen muss. Im Moment ist für Menschen mit Blindheit nicht einmal die Augenklinik taktil erreichbar. Ohne Gehsteige sind Radfahrer meist auch eine Gefahr, weil man Sie zu spät oder gar nicht hören kann.

Eine Gruppe von mobilitätseingeschränkten Personen sollte die Zugänglichkeit für diese große Personengruppe überprüfen können und der Stmk. Krankenanstaltengesellschaft m.b.H. (Kages) Lösungsvorschläge unterbreiten dürfen.

Für ältere und sehbehinderte Menschen sind große Beschriftungen an Hauswänden an jeder Seite einer Klinik sehr wichtig.

Fast das gesamte Gelände ist durch unterirdische Wege miteinander verbunden, indem bisher nur das Personal unterwegs sein darf. Man könnte diese Wege teilweise zumindest für Menschen mit Behinderungen öffnen und mit Kameras beobachten. Es wäre freilich auch möglich, in dem Klinikum zu diesem Zweck permanent verfügbare Zivildienstler zu einzusetzen, die man von einem zentralen Punkt in der Nähe des Einganges zum Gelände kontaktieren könnte.

Das gesamte Gelände birgt permanent große Gefahren und ist eine ewige Baustelle.

Wenn das Bewusstsein und der Wille vorhanden ist, lässt sich relativ einfach mit den Betroffenen eine Lösung erarbeiten.

Ich stelle im Namen der Fraktionen von ÖVP, GRÜNE, SPÖ, KPÖ, FPÖ und BZÖ den

A n t r a g,

seitens der Stadt Graz an das Land Steiermark sowie die Kages mit der Forderung heranzutreten, eine sukzessive Lösung dieses Problembereichs zu bewirken.

GR. Peter MAYR

05.06.2008

A N T R A G

Betr.: Gleicher Dokumenten-Zugang am Sharepoint-GR-Portal
für alle Gemeinderäte/innen und BezirksvorsteherInnen

Das Sharepoint-Portal für den "papierlosen Gemeinderat" wurde erfolgreich eingeführt. Bzgl. der Zugriffsberechtigungen hat sich allerdings eine Änderung zur Lösung in der vergangenen GR-Periode ergeben: Die Ausschuss-Dokumente sind nur mehr für Ausschuss-Mitglieder und nicht mehr für alle Gemeinderäte/innen verfügbar, auch nicht mehr die Stücke der Stadtsenatssitzungen. Weiters gibt es auch von den BezirksvorsteherInnen den unterstützenswerten Wunsch in das Portal integriert zu werden.

Ich stelle daher namens der ÖVP-Gemeinderatsfraktion den

A n t r a g,

die Magistratsdirektion wird ersucht, die zuständige Abteilung zu beauftragen, nach rechtlicher Überprüfung der Möglichkeiten, am Gemeinderats-Sharepointportal die Stücke aller Ausschüsse allen Gemeinderatsmitgliedern und zusätzlich den BezirksvorsteherInnen zur Verfügung zu stellen, ebenso wie die Stücke der Stadtsenatssitzungen.

GR. Harry POGNER

05.06.2008

A N T R A G

Betr.: Zur Einführung von kostenlosen FSME und Kostenbeteiligung bei Hepatitis Impfungen für Magistratsbedienstete im Außendienst bzw. Bedienstete mit „Kundenkontakt“, Schulwarte und Beschäftigte im Reinigungsbereich.

Immer wieder werden Krankheitsfälle bekannt, wo sich für Menschen durch einen Zeckenbiss oder die Ansteckung durch Hepatitis das Leben vollkommen verändert. Jeder bzw. jede Kranke ist eine/r zuviel. In Zeiten, da es möglich ist, sich gegen diese Krankheiten zu schützen sollte es uns ein besonderes Anliegen sein, unsere Bediensteten, die diesen Gefahren im Dienst ausgesetzt sind, zu schützen. Eine Investition in die Gesundheit unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist eine Investition in das Unternehmen „Stadt Graz“! Der Versuch, Krankenstände und auch persönliches Leid hintan zu halten sollte uns - für unsere Mitarbeiter - eine Selbstverständlichkeit sein. Jeder Langzeitkrankenstand und davon muss man z.B. bei einer Hirnhautentzündung, hervorgerufen durch einen Zeckenbiss, oder der Ansteckung durch Hepatitis ausgehen, bedeutet nicht nur einen menschlichen Schicksalsschlag für die Betroffenen, sondern auch einen effektiven Produktivitätsverlust für die Stadt.

Schützen wir daher unser „Eigenkapital“ und bewahren wir die MitarbeiterInnen vor zumindest diesen Erkrankungen.

Ich stelle daher namens des ÖVP GR-Clubs den

A n t r a g ,

der Gemeinderat möge beschließen:

1. Vom Personalamt folgendes erheben zu lassen:
Wie viele Bedienstete durch ihren Außenkontakt eine FSME-Impfung benötigen bzw. wie viele Bedienstete davon noch nicht die Gratisimpfung erhalten haben. Ebenso wie viele Bedienstete einen unmittelbaren Kontakt mit Parteien haben bzw. im Reinigungsbereich oder als Schulwarte beschäftigt sind und die Hepatitis Impfung noch nicht unentgeltlich erhalten.
2. Für die Hepatitis-Impfung eine 2/3-Zuzahlung (1. und 2. Teilimpfung werden bezahlt) zu gewähren.

GR. Mag. René Schönberger

05.06.2008

A N T R A G

Betr.: lärm-dämmende Maßnahmen Plabutschtunnel Nordportal

Im Bereich des Nordportals des Plabutschtunnels befindet sich der Siedlungsraum Raach-Gösting. Aufgrund der örtlich vorgegebenen Verhältnisse sind Siedlung, Bahnstrecke, Autobahntrasse sowie Bundes- und Landesstraßen auf engstem Raum situiert. Wegen der sehr starken Zunahme des Autobahnverkehrs in der Größenordnung einer Verdoppelung in den letzten 3 Jahren hat die Lärmbelastung der Anrainer, verursacht durch den Straßenverkehr aber auch durch die Bahn, stark zugenommen. Es sind daher Lärmschutzmaßnahmen im Bereich Tunnelportal, das wären vollflächige Lärmschutzverkleidungen der Tunnelportale einschließlich der beiden Galerien der Ost- und der Weströhre, sowie Lärmschutzauskleidungen der Betriebszufahrten im Bereich Raachsiedlung und die Errichtung einer Lärmschutzwand entlang der südlichen Bahntrasse, unbedingt notwendig.

Namens der ÖVP-Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

A n t r a g:

der Gemeinderat wolle die zuständigen Magistratsabteilungen beauftragen, an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologien heranzutreten, dass dieser die ASFINAG und die ÖBB anweist, wirksame Lärmschutzmaßnahmen im Bereich Graz-Raach zu errichten.

GR. Mag. Martin TITZ

05.06.2008

A N T R A G

Betr.: Aufwertung des Mariahilferplatzes durch Sitzbank und Trinkbrunnen

Der Mariahilferplatz mit einem Baum als „grünem Herz“ ist ein Glückswinkel im Bezirk Lend. Noch glücklicher wären Bewohner, Besucher und Bezirksvorsteher Stv. Wolfgang Krainer, wenn rund um den Baum eine Sitzbank errichtet und ein Trinkbrunnen aufgestellt würde.

Beide stellen kein Hindernis für Veranstaltungen dar und Passanten, vor allem Kinder, müssten sich nicht mehr am Springbrunnen laben, zumal dieser kein Trinkwasser bietet. Im Bereich des Baumes ist ein Wasseranschluss vorhanden.

In diesem Zusammenhang sollte auch an einen Gießwasseranschluss gedacht werden, zumal die Geschäftsleute am Platz gerne weiterhin die Wirtschaftsbetriebe bei der Pflege des Baumes und der Pflanzen unterstützen würden.

Ich stelle daher namens der ÖVP-GR-Fraktion den

A n t r a g,

der Gemeinderat wolle beschließen, am Mariahilferplatz rund um den dortigen Baum eine einfache Sitzbank zu errichten und einen Trinkbrunnen samt Brauchwasseranschluss zu montieren.

GR. Mag. Martin TITZ

05.06.2008

A N T R A G

Betr.: Aufstellung eines Trinkbrunnens und einer kleinen Kneipp-Landschaft am rechten Murufer, Bezirk Lend, auf öffentlichem Gut (Grundstücknummer 1783/2)

Das rechte Murufer bietet etwa auf halber Höhe zwischen Kalvarienbrücke und Keplerbrücke einen kleinen Grünbereich, der sich als Rastplatz für Erholungssuchende optimal eignen würde: inmitten von Schrebergärten, nahe einem Seniorenwohnheim, entlang des Mur-Lauf- und Spazierweges liegt ein Rasenstück, das sich im öffentlichen Gut befindet.

Ich möchte gemeinsam und in Anstimmung mit Bezirksvorsteherstv. Wolfgang Krainer hiermit anregen, für die Bewohner, die Spaziergänger und die Sportler auf diesem Grundstück (Nr. 1783/2) mit vorhandenem Wasseranschluss einen Trinkbrunnen und eine kleine Kneipp-Landschaft mit Kaltwasser-Becken und Barfuss-Trail zu errichten.

Ich stelle daher namens der ÖVP-Fraktion den

A n t r a g,

der GR wolle die Errichtung eines Trinkbrunnens und einer kleinen Kneipp-Landschaft mit Becken und Barfuß-Trail am Grundstück 1783/2 beschließen



Betr.: Toilettenanlagen für Spielplätze
und Bezirkssportplätze

Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@graz.at
www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

ANTRAG

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Herrn Gemeinderat Wilhelm Kolar
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 5. Juni 2008

Sehr geehrter Bürgermeister!
Sehr geehrte Damen und Herren!

So erfreulich das doch einigermaßen dichte Netz und die gute Ausstattung an öffentlichen Spielplätzen und Bezirkssportplätzen in Graz ist, sorgt der Mangel über das Fehlen von Toilettenanlagen bei vielen Eltern und Benutzern für Unmut und manchmal auch für Verzweiflung.

Das wurde zuletzt wieder bei der Eröffnung des Spielplatzes Junges Europa in Eggenberg offenkundig, bei der die zuständige Bürgermeister-Stellvertreterin Lisa Rückler von den Eltern auf diesen Umstand angesprochen wurde. und versprochen hat, sehr rasch Abhilfe zu schaffen. Leider, und dieser Umstand verärgert mittlerweile die Betroffenen sehr, ist vom versprochenen WC bis heute aber nichts zu sehen.

Wie gesagt: Der Spielplatz Junges Europa steht nur als ein Beispiel – um Spielplätze und Bezirkssportplätze wirklich attraktiv und „kundinnenfreundlich“ zu machen, ist eine generelle Ausstattung mit WC-Anlagen unabdingbar. Denn das Argument, die Kinder und Jugendlichen könnten ohnehin nach Hause gehen, ist doch wohl nicht wirklich stichhältig.

In diesem Sinne stelle ich daher namens des SPÖ-Gemeinderatsklubs den

Antrag,

die zuständigen Stellen mögen beauftragt werden, die städtischen Spielplätze und Bezirkssportplätze mit WC-Anlagen auszustatten.

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Graz, am 5. Juni 2008

Gemeinderat: Herbert Wippel

Antrag

Betreff: Grundumlegung KG Andritz Grundstücksnummer 273/8, 273/9, 273/10, 258/1

In Oberandritz befindet sich am Eichengrund ein Sportplatz der Stadt Graz bestehend aus einem Fußballplatz, der im Winter bei entsprechender Witterung als Eislaufplatz genutzt wurde und 2 Tennisplätzen. Das sind die Grundstücke mit der Nummer 273/8, 273/9 und 273/10. Die rund umliegenden Grundstücke sind als reines Wohngebiet geringer Dichte (WR, 0,2 – 0,4) gewidmet und als solche auch verbaut, bis auf die Grundstücke, die nördlich anschließen. Hier ist entlang der Stattegger Straße ein Grundstück als Allgemeines Wohngebiet mit einer Dichte bis max. 0,6 bzw. als Freiland gewidmet.

Das Grundstück 258/1 der KG Andritz ist das noch als Freiland gewidmete Gebiet, das im Norden an den Rielteich angrenzt. Für dieses Grundstück gibt es angeblich von Seiten der Eigentümer Bestrebungen, sie in Bauland umwidmen zu lassen.

Da es durch den Sportplatz in der Vergangenheit öfters zu Beschwerden gekommen ist, wäre eine Grundumlegung in der Hinsicht sinnvoll, dass die Grundstücke 273/8, 273/9 und 273/10 einer Wohnbebauung geringer Dichte zugeführt und dafür im selben Ausmaß das Grundstück 258/1 für die Nutzung eines Sportplatz gewidmet werden soll.

Deshalb stelle ich namens des Gemeinderatsklubs der KPÖ folgenden

Antrag:

Der Gemeinderat beauftragt die zuständigen Stellen des Magistrats, eine Grundumlegung wie im Motivenbericht dargelegt zu überprüfen, und mit den Liegenschaftseigentümern diesbezüglich Kontakt aufzunehmen.

Gemeinderat **Ing. Roland Lohr**

An den
Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Graz, am 2. Juni 2008

Betr. Gefährdete Fahrgäste im Haltestellenbereich „Roseggerhaus“; Antrag

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!
Sehr geehrte Damen und Herren !

Bei den Straßenbahnhaltestellen Roseggerhaus, sowohl stadtein- als auch stadtauswärts, kommt es täglich zu gefährlichen Situationen und Beinahe-Unfällen zwischen ein- und aussteigenden GVB-Fahrgästen und dem KFZ-Verkehr. Sobald sich eine Straßenbahn der Haltestelle nähert, betreten wartende Fahrgäste die Fahrbahn. Viele Kraftfahrzeuglenker fahren nicht mit angepasster Geschwindigkeit, werden in der Folge von den Fußgängern überrascht und müssen eine Notbremsung einleiten. Um die Fahrgäste, betroffen sind vor allem Kinder, Senioren und Körperbehinderte, besser schützen zu können, muss die Ursache, überhöhte Geschwindigkeit, bekämpft werden. Ampellösungen bei Haltestellen, das hat die Vergangenheit gezeigt, sind nicht das optimale Mittel, da sie den Verkehrsfluss zu stark behindern. Allerdings gibt es eine bessere Abhilfe. Sie wird in der Stadt Graz bereits eingesetzt.

Fahrbahnerhöhungen, wie zum Beispiel bei der Haltestelle „Schönbrunngrasse“ wirken wie Bremshügel und KFZ –Lenker sind gezwungen die Geschwindigkeit zu reduzieren. Da in der Annenstraße, als Folge von Revitalisierungsmaßnahmen in Verbindung mit dem geplanten ECE-Einkaufscenter, mit einem steigenden Verkehrsaufkommen zu rechnen ist, muss diese Sicherheitslücke an den Haltestellen „Roseggerhaus“ rasch entschärft werden.

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

Antrag:

Der Gemeinderat wolle die zuständigen Magistratsstellen beauftragen, den Bau von Fahrbahnerhöhungen an den Straßenbahnhaltestellen „Roseggerhaus“ zum Schutze der wartenden Fahrgäste in die Wege zu leiten.

Gemeinderat **Mag. Gerhard Mariacher**

An den
Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Graz, am 04.06.2008

Betreff: „JA zu neuen Wasserkraftwerken südlich von Graz!“; Antrag

Die Nutzung regenerativer österreichischer Energiereserven, insbesondere Biomasse, Solarenergie oder einheimische Wasserkraft – sind jetzt erst recht bei den spürbaren rasant steigenden Energiepreisen sowohl ökologisch unverzichtbar als auch wirtschaftlich hoch attraktiv. Jede Verbesserung der bestehenden Energieversorgung im Großraum Graz hat folgenden Intentionen zu folgen:

1. von sehr schädlichen in weniger schädliche und dann möglichst weiter zu regenerativen Energieformen fortentwickeln bzw. überwechseln.
2. den Energiebedarf an sich bzw. deren Steigerung zu mindern, durch strukturelle Verbesserungen und nicht zuletzt durch energiesparende Investitionen.

Es ist für unsere Volkswirtschaft eine sinnvolle Investition auf der Strecke zwischen Graz und Wildon neue Wasserkraftwerke mit möglichen Staustufen in Puntigam, Gössendorf und Kalsdorf zu errichten und zu betreiben. Dies entspricht sowohl den internationalen Vereinbarungen der Weltklimakonferenzen von Kyoto als auch von Bali, deren Beschlüsse zu Recht zur Umsetzung anstehen. Hierüber herrscht meines Erachtens im Grazer Gemeinderat ein breiter Konsens.

Das Investitionsvolumen würde durch heimische Energieversorger und weiters durch österreichische, sogar großteils steirische Unternehmungen der Branchen Anlagenbau, Bau-, und Wasserkraftwirtschaft getragen werden, sodass eine sehr hohe wirtschaftliche Wertschöpfung in der Steiermark entstehen würde. Dies wäre gerade in Zeiten einer bemerkbaren wirtschaftlichen Abschwächung eine sehr positive antizyklische Investition, die auch hilft Arbeitsplätze abzusichern. Durch neue Wasserkraftwerksbauten könnte zudem Strom für zehntausende Haushalte produziert und dadurch unsere Umwelt massiv von CO₂ entlastet werden, das ansonsten durch die Verbrennung fossiler Energieträger, wie etwa Heizöl, entsteht.

Die Argumentation der Umwelt- und Energiesprecherin der Grazer Grünen, Frau GRin Mag.^a Pavlovec-Meixner, die sich in der Weise äußerte, dass das Gebot der „Erhaltung der Muraue“ mit dem Vorhaben der Errichtung neuer Wasserkraftwerke südlich von Graz kollidiert, geht ökologisch betrachtet und besonders auch hinsichtlich der sozialen Auswirkungen bewertet, ins Leere. Denn die Mura wurde in diesem Streckeabschnitt zwischen Graz und der Mündung der Kainach in Wildon (das sind 16,8 Fluss-km) bereits Ende des 19 Jahrhunderts massiv - insbesondere durch Errichtung Fluss begleitender Dämme - zurück in eine kanalartige Regulierungsgerinne gedrängt. Große Wasserflächen und Schotterflächen gingen dadurch verloren. Im Hauptstrom kam es sogar zu einem völligen Verlust von Schotterinseln. Viele abgetrennte Gewässerarme wurden nicht mehr durchströmt, es

kam zu fortschreitenden Verlandungen, während im Hauptstrom eine stetige Eintiefung der Flusssohle zu beobachten ist.

Durch die Regulierung reduzierte sich die Häufigkeit der Überflutungen, der lokale Grundwasserspiegel sank und es lagerten sich Feinsedimente ab. Hochwassergeschütztes Bauland entstand: Fast 300 ha Wohnfläche und über 50 ha Industrie- und Gewerbegründe sowie 56 ha Verkehrsfläche. Dagegen sank die Gewässerfläche seit 1820, dem „Naturzustand“ vor der Regulierung, von fast 450 ha auf 194,2 ha mit Stand 2000/2004.

Die Veränderungen am Strome Mur sind seit 1820 dokumentiert. Sie sind in der Studie „INTERREG III/B CADSES –SUMAD: AP 1.1.2 Historische Gewässerentwicklung der Mur südlich von Graz“ (02/2006) nachzulesen. Wie aus dieser Dokumentation hervor geht, wurde im Laufe der letzten rd. 150 Jahre eine komplett neue Landschaft geschaffen, eine Natur aus „zweiter“ bzw. sogar „dritter Hand“.

Heute geht es darum, den jeweiligen Zielerreichungsgrad dieser Wasserkraftwerksprojekte südlich von Graz abzuwägen, und zwar in Hinblick auf die Auswirkungen auf die Gesundheit der Grazer Bevölkerung, auf die Naturerhaltung bzw. –wiederbelebung (wie oben dargestellt) und auf die sozial verträgliche Wirtschaftlichkeit – besonders „für die Kleinen“ als Verbraucher oder auch Gewerbetreibende. Besonders die Interessen der wirtschaftlich „kleinen“ Bürger können im Bereich der Energieversorgung nur derart gewahrt werden, dass die nötigen Investitionen entweder über die Strukturen der Versorger geleistet werden, oder z.B. die Stadt Graz das selbst übernimmt und zwischenfinanziert. Die hierzu von Frau GRin Mag.^a Pavlovec-Meixner geäußerte Meinung, der zusätzlich erforderliche Energiebedarf der wachsenden Landeshauptstadt Graz könnte durch private Energieeffizienzprojekte der Grazerinnen und Grazer erspart werden, ist fern jeder Realität. Denn es wird einfach verschwiegen, dass die allermeisten Energieeffizienzprojekte zuerst einmal bedeutende Investitionen erfordern. Dies den betreffenden wirtschaftlich „kleinen“ Bürger ohne bedeutende Objektförderungen und Steuererleichterungen abzuverlangen ist zynisch und asozial.

Die Grazer Grünen haben demnach ganz offensichtlich dubiose energiepolitische Vorstellungen. Ihre Verhinderung, zusätzlichen Strom durch heimische Wasserkraftwerke zu gewinnen und diesen bevorzugt an sozial unterstützungsbedürftige Grazerinnen und Grazer abzugeben ist asozial. Und es kann auch nicht sein, dass den Grünen der Erhalt einer nicht Natur belassenen, bereits mehrfach „künstlich“ gestalteten Landschaft wichtiger ist als das gesundheitliche Wohl und der Erhalt der sozialen und wirtschaftlichen Lebensgrundlagen zehntausender Grazerinnen und Grazer. Die Argumentation der Grünen als Regierungspartner in Graz - hierbei soll aber die ÖVP als der größere Koalitionspartner nicht aus ihrer übernommenen Verantwortung entlassen werden - ist somit weder „grün“ noch „sozial“, sondern bei gründlicher Beleuchtung ein umfassender grundsatzpolitischer „Umfaller“.

Für die neuen Wasserkraftwerke spricht die Hoffnung und Erwartung einer Reduktion von Staub und CO₂ mit der Wirkung einer verbesserten Grazer Luft, ebenso die Möglichkeit, diese zusätzliche Energie billig Pensionisten und Jungfamilien in Graz zur Verfügung zu stellen sowie die Chance in den neuen Staubecken attraktive Naherholungsgebiete für Graz zu schaffen, in die durchaus auch ökologische Nischen integrierend vorzusehen sind.

Ich stelle im Namen des FPÖ-Gemeinderatsklubs den

A n t r a g

Der Gemeinderat wolle beschließen, die für Grünraum und Gewässer sowie Gesundheit zuständigen Stadtsenatsmitglieder, Frau Stadträtin Mag. Eva-Maria Fluch bzw. Herrn Stadtrat Mag. Dr. Wolfgang Riedler zu beauftragen, an das Land Steiermark mit der Forderung neue Wasserkraftwerke südlich von Graz errichten zulassen heranzutreten und hierbei die kooperative Unterstützung durch die Stadt Graz anzubieten, mit dem Ziel die Luft in Graz zu verbessern und den, seitens der Stadt Graz erzielten, Erlös in Form von billigem Strom an Grazer Pensionisten und insbesondere an Grazer Jungfamilien – als besondere Familienförderung - abzugeben.

ANTRAG

gemäß § 17 der Geschäftsordnung

der Gemeinderäte Georg Schröck und Gerald Grosz
betreffend dringender Maßnahmen des öffentlichen Verkehrs im Rahmen der Euro EM-08 in Graz

Ganz Österreich steht im Euro-Fieber. Die Austragungsorte Wien, Klagenfurt, Salzburg und Innsbruck sind optimal vorbereitet. Leider ist Graz kein Austragungsort der Fußball Europameisterschaft, was nicht zuletzt an der unprofessionellen Vorgangsweise der verantwortlichen Politik auf Landes- wie auf Stadtebene lag. Dennoch wird es dankenswerterweise in Graz sogenannte Public-Viewing-Veranstaltungen rund um die Euro-EM-08 geben.

Wie einem Artikel der Kronen Zeitung vom 5. Juni 2008 zu entnehmen ist, hat es seitens der zuständigen Verkehrsreferentin Vizebürgermeisterin Lisa Rücker keinerlei Vorbereitungen in Hinblick auf konsumentenfreundliche Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel gegeben.

In zwei Tagen startet die Euro 08, die Fahrpläne der Grazer Verkehrsbetriebe sind diesem einzigartigen Großereignis umgehend anzupassen und die bisherige Säumigkeit der Vizebürgermeisterin in diesem Bereich zu beheben.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Gemeinderäte daher folgenden

ANTRAG

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

„Der zuständige Aufsichtsratsvorsitzende der Graz AG (vormals Grazer Stadtwerke AG) Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl und seine Stellvertreterin die zuständige Verkehrsreferentin Vizebürgermeisterin Lisa Rücker werden umgehend aufgefordert - in sofortigen Verhandlungen mit den Vorständen der Graz AG sicherzustellen, dass eine umfassende Begleitung seitens der öffentlichen Verkehrsmittel der Stadt Graz für die Public-Viewing-Veranstaltung im Rahmen der Euro-EM-08, gewährleistet ist.“

ANTRAG

gemäß § 17 der Geschäftsordnung

der Gemeinderäte Georg Schröck und Gerald Grosz
betreffend die sofortige Abstandnahme der Ausweitung der Grünen Zonen in Graz

Der nächste Anschlag auf die Geldtaschen der Grazerinnen und Grazer droht. Wie mehrere Medien berichten, plant die Koalition der modernen Wegelagerer und Raubritter – bestehend aus ÖVP und Grünen - eine saftige Erhöhung der Parkgebühren für die Grünen Zonen der Stadt um unfassbare 30 Prozent. Zudem sollen die Grünen Zonen auch in Richtung Mariatrost/Fölling und Liebenauer Stadion ausgeweitet werden.

Gerade die Einführung der Grünen Zonen ist dafür verantwortlich, dass viele Konsumentinnen und Konsumenten aus den steirischen Bezirken das Zentrum der Stadt meiden und von den Einkaufszentren am Rande der Stadt „abgefangen“ werden. Leittragende sind die Klein- und Mittelbetrieben und in weiterer Folge die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Stadt, deren Arbeitsplätze massiv gefährdet sind.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Gemeinderäte daher folgenden

ANTRAG

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

„Die zuständige Verkehrsreferentin Vizebürgermeisterin Lisa Rücker wird aufgefordert, von ihren Plänen zur Erhöhung der Gebühren der Grünen Zonen sowie der Ausweitung dieser, umgehend Abstand zu nehmen.“